

Aufstehen für Demokraten?

Rosa Luxemburg wird die Aussage zugeschrieben, Freiheit sei immer die Freiheit der Andersdenkenden. Sie fiel dann jenen zum Opfer, die Freiheit nicht nur Andersdenkender, sondern generell hassen. Aber diese Aussage Frau Luxemburgs ist einer der Kerne, die jede Demokratie ausmachen, nämlich die Freiheit, eine Meinung und eine Ansicht nicht nur zu haben, sondern auch ausdrücken zu dürfen.

Das ist bei uns verfassungsmäßig garantiert und zugleich eingeschränkt (Art. 5 Grundgesetz), was im Grunde sinnvoll ist, bedenkt man die Vergangenheit, zu deren ersten Opfern Frau Luxemburg gehörte.

Und heute? Wer bedroht unsere Freiheit und unsere Demokratie? Es ist richtig, aber zugleich wohlfeil und leicht, hier ganz nach rechts zu deuten. Natürlich will die Partei, die sich mit den Anfangsbuchstaben unserer Überschrift abkürzt, keine Freiheit für Andersdenkende, aber zumindest nur in einem Rahmen, den sie selbst definiert. Dass dies die Arschkarte für Deutschlands Demokratie ist, können wohl die meisten Leute nachvollziehen. Und so ist es erfreulich und verständlich, wenn Mitte Januar mehr als eine Million Menschen gegen diesen blaubraunen Verein ewig Vorgestriger auf die Straße gingen. Doch was wird daraus werden? Vor fünf Jahren brachten die Fridays for Future Millionen auf die Straße. Hat das die Politik gekratzt? Sehr wenig, wenn man sich die aktuelle Lage ansieht, wo die, die tatsächlich Klimaschutz nachholen wollen, von den Medien geprügelt werden und Lügen und Abwiegungen auf dem Vormarsch sind.

Auch die aktuelle Situation zeigt wieder deutlich, warum der blaubraune Lügenhaufen so viel Zuspruch erfährt: Unsere Politik spricht von Verbot und vorgeschriebenen Bekenntnissen, statt einmal innezuhalten und darüber nachzudenken, warum und wie die derzeitige Generation von Politiker*innen so viele Menschen in die Falle der Rattenfänger treibt (muss ich das etwa auch gendern?).

Natürlich kann und muss man gegen Leute vorgehen, die Volksverhetzung betreiben, wie es der hessische Geschichtslehrer (verbeamtet und beurlaubt) Björn Höcke tut. Hierfür gibt es das Disziplinarrecht. Dagegen steht die Idee, seine Partei zu verbieten. Ob dies den Verein stärken würde, weiß ich nicht und die Opferrolle beanspruchen die Rechten sowieso ständig für sich, wenn sie in jeder Talkshow vor Millionenpublikum herumjammern, sie und ihre Ansichten würden ausgrenzt und gecancelt und sie dürfen ja nicht mal mehr das sagen,

was sie ständig in klassischen wie in neuen Medien heraus posaunen. Das Parteiverbot ist ein Schwert mit zwei scharfen Seiten, gleiches gilt auch für den Finanzierungsausschluss, jüngst für die NPD-Nachfolgegruppe bestätigt: Die Verfassungswidrigkeit des betreffenden Vereins (lies: Partei, bei den Absteigern für Deutschland die Bundespartei) muss erwiesen sein und genau das ist hier ein Problem! Ein weiteres die Frage, ob es klug ist, in einer Lage, in der die sogenannten demokratischen Parteien Vertrauen und Glaubwürdigkeit einbüßen, sich einer starken Konkurrenz auf diese Art und Weise zu entledigen zu versuchen, à la „spielt nicht mit den Schmuttelkindern“?

Tatsächlich ist der Kampf gegen Rechts heute eine Aufgabe einer wachen und aktiven Zivilgesellschaft, und einmal für zwei Stunden auf eine Demo gehen reicht nicht. Wir müssen mit denen reden, die evtl. zu den Rechten tendieren und versuchen, sie davon abzubringen, das erfordert viel Streit und Diskurs. Mag man die AfD auch als „Nazi-Partei“ bezeichnen, das Gros ihrer Wähler*innen und Sympathisant*innen sind keine Nazis. Und hier gilt es zu arbeiten und klarzumachen, dass dies eben keine Alternative, sondern eine Untergangsoption ist.

Und unsere Politiker*innen? Sollten vielleicht mal wieder etwas mehr Bodenhaftung kriegen und den Bürger*innen zuhören, anstatt mal hier moralinsauer „werteorientierte“ Politik herauszuhängen, nur um dann dort wieder die Reichen zu subventionieren und Geringverdienende zu schröpfen. Gerade in einer Zeit großer Unsicherheit, in der alte Gewohnheiten nicht mehr gelten, braucht es seitens der Politik Sensibilität und Empathie und nicht Bevormundung und oberlehrerhaftes Dozententum oder Grinseschweigen, wie es unser Kanzler so gerne zeigt. Er weiß etwas, was wir nicht wissen sollen, oder? So steigt man ab, nicht nur in der Gunst des Wahlvolks.

Wollen wir unsere Freiheiten behalten, müssen wir auch die der Andersdenkenden verteidigen – leider. ◀

Stefan Vockrodt

BILD: GSTUDIOIMAGEN / FREEPIK



ebenholz

Restaurierung • Einzelmöbel • Ökologische Altbausanierung und mehr

Irmela Wrede • Tischlermeisterin

Geprüfte Restauratorin im Tischlerhandwerk

Bestattungen • persönlich und hilfsbereit

Erd • Feuer • See • Friedwald

Dorfstraße 2 • 38173 Mönchevahlberg
Tel. 05333 285 • Fax: 05333 90814

post@ebenholz-restaurierung.de
www.ebenholz-restaurierung.de

Ingenieurbüro Groth



Gebäudesanierung und Neubau mit
KfW und BEG, iSFP und GEG,
BAFA, PV und etc.?
Wir beraten Sie gern!

Baubegleitung, Bauphysik
Thermografie, Luftdichtheitestest
Energieausweis

Schamhorststr. 17
38104 Braunschweig
IBGroth@t-online.de
0531-12 897 112 01520-1808 208